

An das Auswärtige Amt

Offener Brief

Wir, die unterzeichnenden Personen, Organisationen und Zusammenschlüsse sind äußerst besorgt über die Ausweisung der deutschen Staatsangehörigen Friederike Müller am 2. Oktober durch die kolumbianische Sicherheitsbehörde DAS und die sich daran anschließenden Ereignisse und verurteilen diese Vorkommnisse auf das Schärfste.

Das europäische und amerikanische Kolumbien-Netzwerk "Red de Hermandad y Solidaridad con Colombia", in dessen Rahmen Frau Müller sich in Kolumbien aufgehalten hat, leistet durch seine Arbeit und Präsenz in Kolumbien seit 15 Jahren einen wichtigen Beitrag zum Schutz der Menschenrechte. Es führt Begleitungen und humanitären Aktionen in verschiedenen Regionen Kolumbiens durch.

DIE IM FOLGENDEN GESCHILDERTEN VORFÄLLE BEUNRUHIGEN UNS ZUTIEFST:

1) Die Menschenrechtsaktivistin, Kommunikationswissenschaftlerin und Mitglied der Kolumbienkampagne Berlin FRIEDERIKE MÜLLER war auf Einladung der Organisation Cos-Pacc in Kolumbien, um dort Dokumentationsarbeiten durchzuführen und sich umfassend über die sozio-ökonomischen Verhältnisse und die Situation der Menschenrechte vor Ort in Kenntnis zu setzen. Sie hatte von der zuständige kolumbianische Behörde "Departamento Administrativo de Seguridad" - DAS eine Einreiseerlaubnis „Permiso Temporal Visitante“ (Art. 56.2 des Regierungserlasses 4000 aus dem Jahr 2004) erhalten. Am 1. Oktober 2008 um 17:30 Uhr wurde Friederike Müller von Beamten der Sicherheitsbehörde "Departamento Administrativo de Seguridad" DAS in Cali verhaftet. Die Beamten waren in Zivil, wiesen sich nicht aus und brachten Friederike Müller ohne Angabe von Gründen in einem Taxi in eine Einrichtung des DAS. Dort wurde zunächst ihren Anwälten gegenüber bestritten, dass eine Deutsche vor Ort sei. Friederike Müller war es bis ca. 15 Minuten vor ihrer Abschiebung am 2. Oktober um 13:40 nicht möglich einen Anwalt zu konsultieren, obwohl Frau Müller dies mehrfach verlangte und ihre Anwälte vor Ort waren. Sie wurde zu keinem Zeitpunkt darauf hingewiesen, dass sie sich mit ihrer Landesvertretung in Verbindung setzen dürfe.

Der DAS begründete ihre Ausweisung damit, dass Müller an einem Protestmarsch der Zuckerrohrarbeiter des Valle del Cauca teilgenommen habe und es kein Visum gebe, das eine solche Aktivität erlaube. Wir möchten an dieser Stelle nochmals ausdrücklich darauf hinweisen, dass sich Friederike Müller nicht aktiv an der Demonstration teilgenommen hat, sondern als Beobachterin und in ihrer Eigenschaft als Begleiterin einer kolumbianischen Menschenrechtsorganisation vor Ort war.

2) Am 6. Oktober 2008 wurden die Mitglieder der Kollektive und Organisationen des Solidaritätsnetzwerkes "Red de Hermandad y Solidaridad con Colombia" in einer Email der paramilitärischen Gruppe "Águilas Negras bloque Disidente AUC" mit dem Tode bedroht. Dort heißt es: "Ihr werdet schweigen oder wir bringen Euch zum Schweigen (...) es sei denn ihr wollt dasselbe Schicksal erleiden wie diese Hurensöhne".

Im Anschluss daran werden 38 in diesem Jahr bereits ermordeten Gewerkschaftern und Menschenrechtsverteidigern aufgezählt. Die Kolumbienkampagne Berlin an erster Stelle und alle anderen ausländischen und kolumbianischen Gruppen des Solidaritätsnetzwerkes werden zum militärischen Ziel erklärt.

3) Am 13. Oktober 2008 gegen 12:45 Uhr wurde der französische Journalist DAMIEN FELLOUS bei Dokumentationsarbeiten über den Streik der Zuckerrohrarbeiter in Palmira gemeinsam mit zwei weiteren ihn begleitende französische Staatsangehörige verhaftet und mehrere Stunden festgehalten. Während Damien Fellous schließlich freigelassen wurde, wurden seine Begleiter am 14. Oktober 2008 des Landes verwiesen.

4) Am 19. Oktober um 11:30 Uhr wurde der italienische Staatsbürger und Fotojournalist MASSIMO BOLDRINI von Einheiten des kolumbianischen Militärs an einer Straßensperre bei Tumaco im Landkreis Palmira festgehalten. Im wurden seine Ausweispapiere abgenommen und an einige nicht identifizierte Zivilperson weitergegeben, die sich seine Personalien notierten. Massimo BOLDRINI zeigte diesen Vorgang beim SIPOL (Geheimdienstabteilung der Polizei) an, um eine Identifizierung der Unbekannten zu veranlassen. Der dies überprüfende Beamte vom SIPOL nahm jedoch abermals nur die Daten von BOLDRINI auf. Bei wem es sich bei den Unbekannten handelte, ist weiterhin unklar. Dieser Vorfall ist aufgrund der Präsenz von paramilitärischen Gruppen in der Region um Palmira und in der Vergangenheit bereits verübter Verbrechen äußerst besorgniserregend.

5) Am 18. Oktober beschuldigte der kolumbianische Präsident Álvaro Uribe in einer öffentlichen Rede in Quetame die deutsche Menschenrechtsverteidigerin Friedericke Müller und die ausgewiesenen französischen Staatsbürger, nach Kolumbien gekommen zu sein, um dort zur Gewalt aufzurufen: "Diese ausländischen Personen sollten im Gefängnis sitzen. Wir hätten sie nicht ausweisen, sondern verurteilen und in das Gefängnis stecken sollen" Er fügte hinzu: "Hier (in Kolumbien) verteidigen sie die Verbrechen und im Ausland verzerren sie die Wahrheit".

WIR GEBEN ZU BEDENKEN

Kolumbien findet sich in einer dramatischen Gewaltspirale wieder, von der alle gesellschaftlichen Sektoren betroffen sind. Diejenigen Personen aus anderen Ländern, die als humanitäre Unterstützer und Beobachter die Menschenrechtsarbeit und die Wahrung des internationalen Menschenrechts in Kolumbien begleiten und unterstützen, stellen einen Schutzfaktor für die Zivilbevölkerung, die sozialen Bewegungen und die lokale Menschenrechtsarbeit dar.

Die Begleitung bedrohter Menschen und Organisationen, humanitäre Hilfsmissionen, Bildungsarbeit und technische Hilfe wurden seitens der bäuerlichen und städtischen Gemeinden überall im Land kontinuierlich als überaus wertvoll betrachtet.

Wir sind extrem besorgt über die Sicherheit zukünftiger Begleitarbeit. Wir befürchten, dass internationale Begleiter und Begleiterinnen, die sich im Rahmen der Menschenrechtsarbeit in Kolumbien aufhalten, durch unbegründete Anschuldigen und willkürliche Handlungen weiter beeinträchtigt werden. Obwohl sich die kolumbianische Regierung immer wieder positiv auf die Menschenrechte bezieht, bringen die zuvor beschriebenen Vorkommnisse eher die Absicht zum Ausdruck, Hilfsaktivitäten und internationale Beobachtung zu beschränken. Das gilt insbesondere für die Diffamierung von Friederike Müller durch den kolumbianischen Präsidenten Álvaro Uribe.

WIR BITTEN SIE HIERMIT, SICH GEGENÜBER DER KOLUMBIANISCHEN REGIERUNG DAFÜR EINZUSETZEN

a. dass die kolumbianische Regierung eine Erklärung abgibt, in der öffentlich und unmissverständlich die fundamentale Aufgabe anerkannt, respektiert und unterstützt wird, die von Menschenrechtsbeobachtern, Journalisten und humanitäre Arbeit leistende Personen ausgeübt wird

und welche damit die von der andauernden Gewalt im Land betroffenen Gemeinden und Organisationen unterstützen.

b. dass die kolumbianische Regierung öffentlich und unmissverständlich erklärt, dass kolumbianische und internationale Menschenrechtsorganisationen, die Begleit- und Informationsarbeit leisten, ihre Arbeit ohne Behinderungen, Einschüchterungen und Übergriffe durchführen können und dass die kolumbianische Regierung alle ihr untergeordneten Instanzen und Behörden anweist, in diesem Sinne zu handeln.

c. dass die kolumbianische Regierung Garantien und Rechtssicherheiten für den Aufenthalt und die Arbeit von Ausländern in Kolumbien gibt, welche ihre Arbeit im Rahmen der kolumbianischen Gesetze leisten.

d. dass die kolumbianische Regierung das Vorgehen gegenüber Friederike Müller erklärt, die Verfügung zur Ausweisung von Friederike Müller mit der Nummer 123-170246 DAS.DGOP.SEX zurück genommen und das 7 jährige Wiedereinreiseverbot widerrufen wird.

e. dass gegen die Mitarbeiter des DAS, die für Friederike Müllers Verhaftung und Festnahme und die ihr gegenüber begangenen Rechtsbrüche verantwortlich sind, Untersuchungen und disziplinarische Maßnahmen eingeleitet werden.

f. zu untersuchen, wer für die gegenüber der Kolumbienkampagne und den weiteren Organisationen des "Red de Hermandad y Solidaridad con Colombia" geäußerten Drohungen verantwortlich ist und die Verantwortlichen dafür zu Rechenschaft gezogen werden.

Wir bitten Sie darum, uns darüber darüber zu informieren was für Schritte durch Sie unternommen werden und gegebenenfalls auch über die hierauf folgende Reaktionen.